

Kultur- und Sportausschuss

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Kultur- und Sportausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 03.03.2003
Raum: Ratssaal des Rathauses
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Sitzungsende: 17:25 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Frau Evelyn Fisbeck F.D.P.

ordentliche Mitglieder

Herr Wolfgang Salhofen CDU
Herr Klaus Duddeck CDU
Frau Doris Kley CDU
Frau 2. stv. BM Friedegund Reiners CDU
Herr Torsten Wilters CDU
Frau Hannelore Druivenga SPD
Herr Dieter Güttler SPD
Frau Sabine Koopmann SPD
Frau Marie-Luise Weber SPD
Herr Gerd Langhorst Bündnis 90/Die Grünen

Grundmandat

Herr Egon Düser UWG

Verwaltung

Herr Dieter Decker Bürgermeister
Herr Günther Henkel
Herr Fritz Sundermann
Herr Frank Dudek
Herr Stefan Unnewehr
Herr Ralf Kobbe Protokoll

Gäste

Frau Inge Langhorst Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dohrn Planungsbüro de Witt, Dohrn und Janssen bis 15:55 Uhr

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.01.2003
- 4 Attraktivitätssteigerung Hallenbad Rastede; Einbau einer Rutsche
Vorlage: 2003/037
- 5 Haushaltsplanentwurf 2003
Vorlage: 2003/006
- 6 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Fisbeck eröffnet die öffentliche Sitzung des Kultur- und Sportausschusses um 15:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Fisbeck stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Kultur- und Sportausschuss beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.01.2003

Der Kultur- und Sportausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Kultur- und Sportausschusses vom 27.01.2003 wird genehmigt

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Attraktivitätssteigerung Hallenbad Rastede; Einbau einer Rutsche
Vorlage: 2003/037

Sitzungsverlauf:

Herr Dohrn vom Planungsbüro de Witt, Dohrn und Janssen erläutert noch einmal kurz die sechs bekannten Alternativen zum Einbau der Rutsche im Hallenbad. Darüber hinaus stellt er die neue Planungsvariante G vor, die vorsieht, den Treppenaufgang der Rutsche im südwestlichen Bereich (vor der Fensterfront) zu installieren. Der Auslauf der Rutsche endet bei dieser Variante im flachen Teil des Nichtschwimmerbeckens, so dass aus Sicherheitsgründen 1,75 m der insgesamt 7,50 m breiten Treppe entfernt werden muss. Bei diesem Vorschlag ist von Vorteil, dass eine spätere Erweiterung um ein Planschbecken in diesem Bereich des Bads problemlos möglich ist.

Frau Fisbeck gibt zu verstehen, dass die Variante G die beste Lösung darstellt, da der laufende Schwimmbetrieb nach der Installation der Rutsche nicht beeinträchtigt wird.

Frau Weber und Herr Langhorst geben zu bedenken, dass aus sportfachlicher Sicht die Stufen zum Erlernen des Schwimmens für Kinder von großer Bedeutung sind. Sie plädieren daher für die Variante A, die vorsieht, dass der Auslauf der Rutsche im tieferen Teil des Nichtschwimmerbeckens endet.

Herr Salhofen erwidert daraufhin, dass eine 5,75 m breite Treppe ausreichend ist, um eine Gruppe von Kindern an das Wasser zu gewöhnen. Er sieht keine Probleme für den Schwimmunterricht und favorisiert daher die Variante G.

Frau Reiners ergänzt, dass bei der Variante G relativ wenig Fläche zum Schwimmen verloren geht, so dass sie auch aus diesem Grund für diese Lösung plädiert.

Herr Duddeck betont, dass es bei dem Vorschlag G nur geringe Beeinträchtigungen für die Frühschwimmer gibt, die ebenfalls gerne den tieferen Bereich des Nichtschwimmerbeckens nutzen.

Auf Nachfrage erläutert Herr Ammermann, dass die geschätzten Kosten für die Variante G bei rund 148.000 Euro liegen. Damit wird der Kostenrahmen für die geplanten Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Bads nicht überschritten. Die Ausschreibung wird voraussichtlich sogar ein günstigeres Ergebnis bringen.

Zum vorgesehenen Zeitrahmen erläutert Herr Dohrn, dass der Beschluss möglichst bald erfolgen muss, damit im Mai mit dem Bau begonnen werden kann. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Arbeiten zum Ende der Sommerpause beendet werden können.

Herr Langhorst weist darauf hin, dass der Einbau der Rutsche verhältnismäßig teuer wird. Pro laufendem Meter Rutsche liegen die Kosten bei rund 10.000 Euro. Er spricht sich aufgrund der angespannten Haushaltslage dafür aus, den Einbau der Rutsche zu verschieben. Er gibt allerdings auch zu verstehen, dass Investitionen dazu beitragen, die heimische Wirtschaft anzukurbeln.

Herr Ammermann macht daraufhin deutlich, dass mit dem Schieben der Maßnahme das gesamte Konzept zur Attraktivitätssteigerung in Frage gestellt wird.

Herr Henkel ergänzt, dass die Attraktivitätssteigerung in mehrere Abschnitte bis 2010 aufgeteilt worden ist. Ein Finanzierungskonzept wurde dafür eigens vorbereitet.

Herr Düser tritt für die angestrebte Attraktivitätssteigerung ein, ergänzt aber, dass nicht um jeden Preis Maßnahmen durchgeführt werden dürfen.

Bürgermeister Decker verweist auf die durchgeführte Befragung unter den Hallenbadbenutzern, wonach deutlich wurde, dass gerade für die Jugend Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung erforderlich sind. Außerdem macht er deutlich, dass die Anhebung der Gebühren mit der Steigerung der Attraktivität begründet wurden. Sollte die Rutsche nicht kommen, wäre die höhere Gebühr nicht gerechtfertigt. Er gibt aber auch zu verstehen, dass für den gesamten Maßnahmenkatalog nur 800.000 Euro zur Verfügung stehen. Sollten jetzt bereits Mehrkosten entstehen, muss voraussichtlich bei anderen Dingen gespart werden.

Herr Langhorst ergänzt seine Aussage, indem er darauf verweist, dass er grundsätzlich dafür ist, dass im Hallenbad etwas für Kinder getan wird. Er habe nur den Zeitpunkt hinterfragt.

Beschlussempfehlung:

Der Einbau einer Rutsche im Hallenbad wird auf Grundlage der Planungsalternative G durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 5

Haushaltsplanentwurf 2003

Vorlage: 2003/006

Sitzungsverlauf:

Herr Dudek berichtet über die Situation des Gesamthaushalts 2003 und erklärt, dass sich im diesjährigen Haushalt im erheblichem Maße nicht von der Gemeinde beeinflussbare Faktoren auswirken. Insgesamt müssen Mehrausgaben in Höhe von 1.009.000 Euro und Mindereinnahmen von 658.000 Euro verkraftet werden. Eine Nettoinvestitionsrate kann nicht ausgewiesen werden. Der Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt liegt trotz einiger von der Verwaltung eingearbeiteter Sparmaßnahmen bei 1.491.100 Euro.

Zum Vermögenshaushalt erläutert Herr Dudek, dass nur Maßnahmen veranschlagt wurden, die bereits laufen oder beschlossen sind. Maßnahmen die noch nicht beschlossen worden sind, wurden nicht veranschlagt. Trotzdem weist der Haushalt einen Kreditbedarf von 2.259.100 Euro aus.

Niederschrift

Herr Sundermann informiert über folgende Änderungen beziehungsweise Ergänzungen in den Budgets 30 und 50:

Glied.	Grupp.	Haushaltsstellentext	Ansatz (alt)	Ansatz (neu)	Veränderung	Begründungen
3000	718200	Zuschüsse an übrige Bereiche - Bauhofleistungen	0	1.000	1000	Neuveranschlagung aufgrund Wirtschaftsplan Bauhof
3000	718300	Zuschüsse zu Veranstaltungen - Bauhofleistungen	0	50100	50100	Neuveranschlagung aufgrund Wirtschaftsplan Bauhof
3660	988200	Zuschüsse an übrige Bereiche; Zuschuss Reparatur Reetdach Mühlenhof	0	6100	6100	Nachveranschlagung wegen vorgelegter Schlussabrechnung.
5602	361000	Zuschuss Land	8.000	0	-8000	Wegfall wg. Streichung Flutlichtanlage Wahnbek II
5602	362000	Zuschuss/Landkreis	13.300	0	-13300	Wegfall wg. Streichung Flutlichtanlage Wahnbek II
5609	362000	Zuschuss des Kreises; Anlegung einer Skateboardbahn	0	5000	5000	Neuveranschlagung wg. Geplanter Erweiterung der Skateboardbahn bei der GS Feldbreite; Bericht im VA vom 28.01.2003
5602	940000	Flutlichtanlage Wahnbek II	40000	0	-40000	Streichung lt. Beratung FiWiA 03.02.2003
5609	940000	Hochbaumaßnahme; Anlegung einer Skateboardbahn	0	25000	25000	Neuveranschlagung wg. Geplanter Erweiterung der Skateboardbahn bei der GS Feldbreite; Bericht im VA vom 28.01.2003
5656	345001	Ersatzleistungen für Vermögensschaden (Inhaltsschaden)	0	50000	50000	Geschätzte Versicherungsleistungen für den Inhaltsschaden
5656	935000	San. Mehrzweckhalle Feldbreite nach Brandschaden (Inhaltsschaden)	0	50000	50000	Geschätzte Versicherungsleistungen für den Inhaltsschaden
5500	718100	Zuschüsse an übrige Bereiche (Verbände und Vereine)	32000	33000	1000	Anpassung aufgrund jährlich zu zahlender Zuschüsse
5500	718300	Zuschüsse an übrige Bereiche - Bauhofleistungen	0	16100	16100	Neuveranschlagung aufgrund Wirtschaftsplan Bauhof

Herr Ammermann stellt anschließend für den Geschäftsbereich 3 anhand eines umfangreichen Power-Point-Vortrags die Veränderungen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt dar. Der Vortrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsberatung gehen die Mitglieder des Kultur- und Sportausschusses einzelne Seiten der Budgets 30 (Kultur) und 50 (Sport) durch. Es werden einzelne Verständnisfragen gestellt und geklärt.

Nachfolgend genannte Themenbereiche werden näher erörtert:

Gebühren für die Nutzung des Rennplatzes, der Aula und den Sporthallen

Herr Duddeck erkundigt sich, wie hoch die Einnahmen aus Veranstaltungen auf dem Turnierplatz sind.

Herr Ammermann erklärt, dass im vergangenen Jahr 7600 Euro an Einnahmen verbucht wurden.

Auf Nachfrage von Herrn Duddeck und Frau Weber macht Herr Henkel deutlich, dass für die Nutzung der Aula kein Entgelt erhoben, sondern lediglich eine Nutzungspauschale von 150 Euro berechnet wird. Es ist vorgesehen im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzepts ein Prüfauftrag zu erteilen, damit die Problematik generell geregelt wird.

Frau Reiners gibt zu verstehen, dass bei der Erhebung von Nutzungsentgelten zwischen ehrenamtlich geführten Vereinen und kommerziellen Betreibern unterschieden werden muss.

Kulturpreis

Auf Nachfrage von Frau Reiners erläutert Herr Henkel, dass für den Kulturpreis in diesem Jahr 10.300 Euro veranschlagt sind. Da es sich in diesem Jahr um eine regionalwissenschaftliche Arbeit handelt, ist ein Ankauf nicht erforderlich.

Theater Orlando

Herr Langhorst stellt die große Außenwirkung des Theaters Orlando heraus. Er gibt zu verstehen, dass die Theatergruppe insbesondere auch vor dem Hintergrund des Kommunalmarketingprozesses förderungswürdig ist.

Herr Henkel fügt dem hinzu, dass das Theater Orlando für das aktuelle Projekt einen Zuschuss in Höhe von 2000 Euro beantragt hat.

Musikschule Ammerland

Herr Duddeck fragt an, ob der Zuschuss an die Musikschule Ammerland in Höhe von 27.000 Euro gerechtfertigt ist.

Bürgermeister Decker legt dar, dass ein Vertrag mit dem Landkreis besteht, der die Finanzierung regelt. Er gibt aber auch zu verstehen, dass die Kosten aufgrund des hohen Defizits (280.000 Euro) auf den Prüfstand gestellt werden müssen.

Zuschuss Kunst- und Kulturkreis

Auf Nachfrage von Frau Fisbeck erklärt Herr Sundermann, dass der Zuschuss an den KKR zur Unterhaltung des Palais angehoben worden ist, nachdem er im vergangenen Jahr einvernehmlich gesenkt wurde. Es besteht ein Vertrag, auf dessen Grundlage der Zuschuss gezahlt wird.

Skateboardbahn in Wahnbek

Bürgermeister Decker erklärt, dass bislang in Wahnbek kein geeignetes Grundstück für die Erstellung einer Skateboardbahn gefunden wurde. Nach Gesprächen mit Wahnbecker Jugendlichen ist nun vorgesehen, die Skateboardanlage an der Schule Feldbreite zu erweitern. Als letzte Alternative ist die Installation der Anlage im Gewerbegebiet Schafjückenweg vorstellbar. Der Haushaltsansatz wird auf 25.000 Euro festgelegt.

Bewirtschaftungskosten

Auf Nachfrage von Frau Kley verdeutlicht Herr Ammermann, dass sich die in fast allen Bereichen höheren Bewirtschaftungskosten in erster Linie auf die höheren Abwassergebühren zurückführen lassen.

Haushaltskonsolidierungskonzept

Im Anschluss erläutert Herr Dudek das Haushaltskonsolidierungskonzept.

Er stellt heraus, dass:

- 1.) dargestellt werden muss, was bis 2002 an Einsparmöglichkeiten genutzt wurde.
- 2.) gezeigt werden muss, welche Einsparmöglichkeiten ab 2003 wirksam werden.
- 3.) erläutert werden muss, welche Einsparmaßnahmen noch im Zuge der laufenden Haushaltsberatungen möglich sind.
- 4.) aufgezeigt werden muss, welche Dinge ab 2004 eingeleitet werden können.

Herr Dudek macht deutlich, dass die Aufsichtsbehörde verlangt, dass Prüfaufträge in jede Richtung und ohne Tabu erfolgen müssen. Er stellt klar und deutlich heraus, dass die Erteilung eines Prüfauftrags aber noch nicht heißt, dass diese Maßnahme schon beschlossene Sache ist.

Im weiteren Verlauf der Sitzung stellt Herr Dudek allgemeine und budgetspezifische Prüfaufträge vor.

Allgemeine Prüfaufträge:

- 1.) Die Verwaltung wird beauftragt, alle Zuschüsse auf Notwendigkeit und Höhe zu überprüfen. Auf der Grundlage der Prüfungsergebnisse sind für die jeweiligen Bereiche Zuschussrichtlinien zu entwerfen und zur Entscheidung vorzulegen. Es ist mindestens darauf zu achten, dass eine definierte maximale jährliche Ausgabenhöhe grundsätzlich nicht überschritten wird.
- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Miet- und Pachtverträge gekündigt oder in der Weise verändert werden können, dass sich gegenüber der derzeitigen Situation eine Wirtschaftlichkeitsverbesserung ergibt. Mindestens zu prüfen sind die Miet- und Pachtverträge Kögel-Willms-Platz, Kögel-Willms-Busch, Reitwege im Eichenbruch, Campingplatz Hahn, Palais und Palais-Garten, Schlosspark (Rennplatz, Schlosspark, Sportplatz, Freibad).
- 3.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche finanziellen Auswirkungen die Schließung von öffentlichen Einrichtungen insbesondere vor dem Hintergrund hat, diese Einrichtungen nach der Konsolidierung wiederzueröffnen und bis zu diesem Zeitpunkt im Falle des Eigentums die Bausubstanz zu erhalten. Soweit eine dauerhafte Schließung seitens der Gemeinde in Betracht kommt, ist der Verkauf der Einrichtung mit dem Ziel zu prüfen, dass die Einrichtung von einem neuen Träger weiterbetrieben wird.
- 4.) Die Kosten für die laufende Unterhaltung von Baulichkeiten und Außenanlagen werden limitiert und auf eine Größenordnung festgesetzt, die sich nach festen Merkmalen errechnet. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Berechnung vorzunehmen und die sich daraus ergebenden Unterhaltungsmöglichkeiten darzustellen.
- 5.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten des Verkaufs von kommunalen Beteiligungen zu prüfen.
- 6.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Aufgaben die Gemeinde abgeben kann und ggfs. entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Spezielle, budgetorientierte Prüfaufträge

- 1.) Die Unterhaltung des Palais ist durch den Vertrag mit dem KKR privatisiert worden. Siehe im übrigen Grundsatzprüfung "Kündigung und Änderung von Miet- und Pachtverträgen".
- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Archivarbeit in dem bisherigen Umfang erforderlich ist und ob eine wirtschaftlichere Form der Archivarbeit möglich und zulässig ist.
- 3.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Büchereien wirtschaftlicher betrieben werden können. Dies schließt die Prüfung der Zusammenlegung, der Veränderung der Öffnungszeiten bis hin zur Reduzierung von Personal ein.
- 4.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Einstellung der Vergabe eines Kunst- und Kulturpreises zu prüfen.
- 5.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Abgabe der Unterhaltung und den Verkauf der Dorfgemeinschaftshäuser zu überprüfen.
- 6.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Kündigung der vertraglichen Bindungen bezüglich der Unterhaltung und des Betriebes des Mühlenhofes zu prüfen.
- 7.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Erhebung einer Hallenbenutzungsgebühr zu prüfen. Dies auch im Zusammenhang mit der Frage, ob die Einführung eines Betriebes gewerblicher Art im Hinblick auf die Verrechnung von Umsatzsteuerleistungen zu Einnahmeverbesserungen führt.
- 8.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Erhebung einer Benutzungsgebühr/eines Nutzungsentgeltes zu prüfen. Dies auch im Zusammenhang mit der Frage, ob die Einführung eines Betriebes gewerblicher Art im Hinblick auf die Verrechnung von Umsatzsteuerleistungen zu Einnahmeverbesserungen führt. Soweit Entgelte erhoben werden, sind diese auf ihre Höhe hin zu überprüfen; dies gilt insbesondere für die Nutzungsüberlassung des Rennplatzes.
- 9.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Privatisierung der Unterhaltung und des Betriebes von Sportplätzen wirtschaftliche Vorteile hat und möglich ist.
- 10.) Die Verwaltung wird beauftragt, den Bedarf an Sportplätzen zu überprüfen.
- 11.) Der Umfang und Inhalt der Pflege der Sportplätze wird der tatsächlichen Sportplatznutzung angepasst.

Herr Langhorst gibt zu verstehen, dass bis auf die Schließung von Einrichtungen alles auf den Prüfstand gestellt werden muss.

Auf Nachfrage von Frau Weber erklärt Herr Henkel, dass gemeindeeigene Immobilien in den vergangenen Jahren mit großem Erfolg veräußert wurden.

Beschlussempfehlung:

Dem Haushaltsplanentwurf wird unter Berücksichtigung der Beratung des Kultur- und Sportausschusses zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Vorschläge zum Haushaltskonsolidierungskonzept zu prüfen und die Ergebnisse vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

Schließung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Fisbeck schließt die öffentliche Sitzung des Kultur- und Sportausschusses um 17:25 Uhr.